

Herrn
Marian Felsenstein
Freihorstfeldstr. 38
3000 Hannover

Herrn
Marian Felsenstein
Freihorstfeld 38
3000 Hannover

Sehr geehrter Herr Felsenstein,

hiermit darf ich Ihnen als Schatzmeister der CDU Hannover-Stadt noch einmal sehr herzlich danken für die Spende in Höhe von DM 40.000,—, die Sie Herrn Hasselmann und mir anlässlich eines Abendessens bei uns Zuhause überreicht haben.

Wir haben diesen Betrag unserer Absprache entsprechend verteilt.

Ihre Unterstützung war uns eine große Hilfe bei unserer politischen Arbeit im Jahr 1979.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

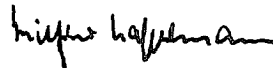


Sehr geehrter Herr Felsenstein,

Ihnen und Ihrer verehrten Frau Gemahlin danke ich herzlich für Ihre Grüße und guten Wünsche zu meinem 60. Geburtstag. Besonders aber gilt Ihnen mein Dank für den sehr schönen Goldjeton, den Sie uns geschenkt haben.

Es war ein schöner Tag. Meine Familie und ich werden ihn in bester Erinnerung halten.

Herzliche Grüße
Ich bin
Ihr



(Wilfried Hasselmann)

Wartenberg-, Hasselmann-Dankschreiben an Felsenstein: Spende beim Abendessen

fen um zehn Jahre verlängert werde – bis 1999.

Was dieses Versprechen für Felsenstein praktisch bedeutete, war Hasselmann durchaus bewußt: Er selber bezeichnet Kasino-Konzessionen bisweilen als „Lizenzen zum Gelddrucken“. An die 1976er Zusage des Interims-Innenministers Hasselmann fühlte sich 1979 dessen Nachfolger Egbert Möcklinghoff gebunden: Er erlaubte Felsenstein, bis zur Jahrtausendwende als Roulett-Unternehmer zu kassieren.

Wie geschmiert lief die Zusammenarbeit zwischen Parteispender Felsenstein und den Christdemokraten auch, nachdem Hasselmann im Juli 1986 erneut Innenminister und damit oberster Aufseher über die Felsenstein-Spielbanken geworden war. Albrechts Innenminister habe, resümierte der Landesrechnungshof, seine Aufsichtspflicht über das hannoversche Kasino vernachlässigt.

Noch nachdem ein Felsenstein-Mitgesellschafter im Februar 1987 Hasselmann persönlich auf den „desolaten Zustand“ der Spielbank und auf ministerielle Aufsichtsversäumnisse hingewiesen hatte, wies Hasselmann derlei Vorwürfe zurück: Sie seien „völlig unbegründet“.

Statt dem unsoliden Kasino-Chef beizugehen in den Arm zu fallen, bot ihm die Regierung Albrecht nach zähen Verhandlungen noch einen prächtigen Deal an: Die staatliche Toto/Lotto-Gesellschaft wollte Felsenstein seine Anteile abkaufen. Woran das letztlich scheiterte, ist noch unklar: Womöglich bekam Fel-

senstein seine beliebigen, vergebenen und verkauften Anteile gar nicht mehr zusammen, vielleicht wollten aber auch Teile der Landesregierung ihn in den Bankrott taumeln lassen.

Jedenfalls galt in Hasselmanns Innenministerium selbst im letzten November, als der Zusammenbruch des Glücksspielunternehmens unmittelbar bevorstand, noch immer die Devise, daß „keine Spielbank-Aufsichtsmaßnahmen getroffen werden“ sollten, solange die Lotto-Gesellschaft „mit Herrn Felsenstein Verhandlungen führt“ (Aktenvermerk).

Den Eindruck, die ministerielle Untätigkeit hänge womöglich auch mit Felsensteinschen Zuwendungen an die CDU zusammen, versuchte Parteichef Hasselmann im April vor dem Untersuchungsausschuß zu verwischen – nicht nur mit einer falschen Aussage in Sachen Parteispenden. Der CDU-Chef wies auch den Verdacht zurück, er sei Spielbank-Eignern wie Felsenstein gesellschaftlich verbunden gewesen oder habe Geschenke von ihnen entgegengenommen. Hasselmann laut Protokoll:

Ich habe auch keine gesellschaftlichen Kontakte und Verbindungen zu Anteilseignern gehabt oder unterhalten, und ich habe auch keine Geschenke und Entgegengenommen in irgendeiner Form angeboten bekommen.

Dem SPIEGEL liegt ein Hasselmann-Brief vor, der das glatte Gegenteil belegt: Der niedersächsische CDU-Chef gehört zu jenen Bevorzugten, denen Felsenstein ein Goldstück in Spielmarkenform verehrt hat, das an der Kasino-Kasse in Bargeld umgetauscht werden konnte.

Unter dem Briefkopf „Der Niedersächsische Minister für Bundesangelegenheiten“ bedankte sich der CDU-Politiker am 5. September 1984 bei Felsenstein für das Präsent, das ihm der Kasino-Chef bei Hasselmanns Geburtstagsfeier am 23. Juli 1984 überreicht hatte, zu der auch Helmut Kohl angereist war. Brief-Wortlaut:

Sehr geehrter Herr Felsenstein, Ihnen und Ihrer verehrten Frau Gemahlin danke ich herzlich für Ihre Grüße und guten Wünsche zu meinem 60. Geburtstag. Besonders aber gilt Ihnen mein Dank für den sehr schönen Goldjeton, den Sie uns geschenkt haben.

Diesen „schönen Tag“, schrieb der Minister mit „herzlichen Grüßen“ dem Kasino-Chef, werde er „in bester Erinnerung halten“.

AFFÄREN II

Haare zu Berge

Hat Gerhard Stoltenberg von den kriminellen Machenschaften Uwe Barschels gewußt? Ein Brief, der diesen Schluß nahelegt, ist möglicherweise das Produkt eines geschickten Fälschers.

Helmut Kohls Generalsekretär Heiner Geißler war in Sorge um „die Integrität des Landesvorsitzenden der CDU Schleswig-Holstein“. Anlaß bot ihm eine Sendung des ARD-Fernsehmagazins „Panorama“, das scheinbar Skandalträchtiges zu berichten hatte.

Am Dienstag vergangener Woche veröffentlichte das Politmagazin einen angeblichen Brief des früheren Kieler Ministerpräsidenten Uwe Barschel an den CDU-Landesvorsitzenden Gerhard Stoltenberg. Das Schreiben macht den Bundesfinanzminister „zum Mitwisser in jener Affäre“, so „Panorama“, „die bisher nur den Namen Barschel trägt“.

Es sei „schlicht und einfach eine unlegbare Tatsache“, heißt es in dem photokopierten Schreiben mit Barschel-Unterschrift, „daß Steueranzeige und Detektiveinsatz gegen Herrn Engholm bereits im Frühjahr Gesprächsgegenstand am Tisch des Landesvorstandes waren“. Die Zustimmung sei „allgemein und ausnahmslos“ gewesen, „auch bei Ihnen, Herr Stoltenberg“.

Der Brief, der von der CDU in Kiel und Bonn sogleich als „absurde Fälschung“ bezeichnet wurde, erweckt den Eindruck, Barschel habe „lediglich das umgesetzt“, was auf „Vorgaben“ von Stoltenberg und seinem Parteimanager Rolf Rüdiger Reichardt beruhte und „vom Landesvorstand abgesegnet wurde“.

Zum Beweis der Authentizität des Briefes bemühte „Panorama“ den Kölner Sprachwissenschaftler Raimund H. Drommel. Der glaubt, nach einem Vergleich mit Reden und Handschreiben Barschels sowie mit Hilfe einer „linguistischen Differentialdiagnose“, „signifikante Übereinstimmungen“ feststellen zu können, die „fast schon das Niveau sprachwissenschaftlicher Fingerabdrücke erlangen“.

Auch Witwe Freya Barschel meldete sich zu Wort: „So wie er geschrieben ist“, erklärte sie, „das entspricht schon der Art und Weise, wie mein Mann Briefe schreibt.“

Die Veröffentlichung des Fernsehmagazins, begleitet von Berichten in der linken „Tageszeitung“ und der „Hamburger Morgenpost“, ließ auf eine sensationelle Wende in der Barschel-Affäre schließen: Zum ersten Mal hätte dem Kieler CDU-Spitzenmann Stoltenberg nicht nur die politische Verantwortung für den „Morast der CDU-Macht“ („Wirtschaftswoche“) angelastet werden können, sondern auch eine Mitwisserschaft an Barschels kriminellen Machenschaften – wenn der Brief echt wäre.

Doch daran gibt es schon seit Monaten begründete Zweifel.

Bereits am 29. April, neun Tage vor der letzten Landtagswahl, war dem SPIEGEL eine Kopie des Schreibens zugegangen. Der vierseitige Brief an den „sehr geehrten Herrn Stoltenberg“ war zuvor der FDP und den Grünen anonym zugestellt worden.

Verschiedene Indizien legten schon im April den Schluß nahe, daß vieles dafür spricht, daß der Brief das Produkt eines geschickten Fälschers ist, der den Ausgang der damals unmittelbar bevorstehenden Wahl beeinflussen wollte.

Der angebliche Barschel-Brief ist mit Maschine geschrieben und weist handschriftlich nur den Namenszug „Uwe Barschel“ auf. Freya Barschel jedoch, vom SPIEGEL damals nach ihrem Urteil über die Authentizität des Schrei-

bum des Schreibens in den politischen Sprachgebrauch ein.

Verfänglich erschien schon im Frühjahr, daß sich der Verfasser ausdrücklich auf eine Mitwisserschaft des Landesvorstandes oder seiner „führenden Köpfe“ berief. Seit Jahren jedoch jammern Vorstandsmitglieder der CDU über die einsamen Entscheidungen ihres großen Vorsitzenden, der stets „allein schaltet und waltet“.

Ausgerechnet in der hochpolitischen Engholm-Angelegenheit soll der CDU-Spitzenpolitiker dem von ihm sonst mißachteten Gremium derart heikle Details zugemutet haben? Ein „Beschuß solcher Brisanz“, gaben die „Kieler Nachrichten“ letzte Woche zu bedenken, hätte „spätestens am Tage nach besagter Vorstandssitzung den Weg in die Öffentlichkeit gefunden“.

Die Zweifel an einer Urheberschaft Barschels konnte auch „Panorama“-Gutachter Drommel nicht schlüssig widerlegen. Zwar zeigte Drommel sich, unverdrossen, davon „überzeugt“, daß das Sprachbild, „die Abfolge von Tempora, Verbstrukturen und der ganzen Partitur“, eine Übereinstimmung mit authentischem Barschel-Material belege.

Wenig beweiskräftig ist die Drommel-Methode jedoch regelmäßig dann, wenn ein gewiefter Fälscher gerade auf die Einfügung charakteristischer Details große Mühe verwendet. Das Bundeskriminalamt (BKA) beurteilt den Sprachvergleich mit Skepsis: „Wir halten von Drommels Gutachten gar nichts“, sagt der Leiter der BKA-Kriminaltechnik, Wolfgang Steinke. Eine sprachwissenschaftliche Expertise sei im übrigen kein eigenständiger Beweis, sondern „nur ein Stein in einem ganzen Mosaik“.

Die Beweisführung der Hamburger Fernsehmagazin- und Boulevardzeitungsmacher steht auf wackligen Beinen. So zitiert die „Morgenpost“ Barschels Witwe mit der Behauptung, ihr Mann habe sich „kein privates Briefpapier drucken lassen“. Private Briefe habe er „meist auf Blankobogen“ geschrieben – wie im strittigen Fall.

In Wahrheit verfügte Barschel sehr wohl über spezielle Briefbögen, auf denen „Dr. Uwe Barschel, Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein“, Privates schrieb. Diese Vordrucke, die neben dem Dienstsitz auch die Privatadresse „Am Schmalsee, 2410 Mölln“



Christdemokraten Stoltenberg, Barschel (1986): „Vorgaben umgesetzt“?

bens befragt, äußerte erhebliche Bedenken. Ihr Mann habe Briefe privat „immer mit der Hand geschrieben“, versicherte sie, und den Text an jenem Wochenende „nie“ in die Maschine schreiben lassen können. Denn er sei „immer zu Hause gewesen“, wo nur eine defekte Schreibmaschine gestanden habe.

Am Tage nach der „Panorama“-Veröffentlichung änderte die Witwe ihre Darstellung. Ihr Mann sei am Sonabend, 3. Oktober, „abends gegen halb acht“ weggefahren, vertraute sie jetzt Reportern an, und erst „kurz nach Mitternacht“ zurückgekommen.

Das Schreiben, das von engen Freunden Barschels und der Familie auch heute noch als „eindeutige Fälschung“ abgetan wird, enthält Formulierungen wie „gezielte Vorverurteilung“ und „in den Abgrund fallen lassen“, die während der Affäre häufig verwendet wurden. Nur: Sie gingen erst *nach* dem vorgebliehen

ausweisen, unterscheiden sich vom amtlichen Briefkopf „Der Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein“.

Auf einem Privatbogen schrieb Barschel beispielsweise seinem Landesvorsitzenden („Lieber Herr Stoltenberg“) zum 59. Geburtstag. Er gratulierte, Datum 28. September 1987, „ganz herzlich“ und wünschte Stoltenberg, gerade fünf Tage, bevor er ihn angeblich als Mitwisser beschuldigte, „Gesundheit, Tatkraft und eine glückliche Hand“. Handschriftlich ergänzte Barschel das Schreiben um „besonderen Dank für Beistand in den letzten Tagen“.

Der Glückwunsch, der erst nach der „Panorama“-Sendung publik wurde, ist für den Leitenden Oberstaatsanwalt Lothar von Raab-Straube, der auf CDU-Anzeige gegen Unbekannt ermittelt, ein starkes „Indiz dafür“, daß die Briefkopie mit dem Datum 3. Oktober „eine Fälschung ist“.

Zwar gibt „Panorama“ an, einen „Informanten“ zu haben, der den Eingang des umstrittenen Schreibens in der Parteizentrale am 5. oder 6. Oktober letzten Jahres bestätigen könne. Doch das Dementi der CDU, die nach Befragung „aller unserer Mitarbeiter“ energisch widersprach, blieb bis Ende letzter Woche unwiderlegt.

Als Beleg für die Echtheit des Schreibens wird weiter angeführt, daß es eine Reihe von Daten und Fakten enthalte, die im Oktober 1987 nur Partei-Insider gekannt haben könnten. Eine solche Beweisführung erliegt jedoch einem Fehlschluß: Sie läßt den schlichten Umstand außer acht, daß eine Fälschung nicht zu dem im Briefkopf genannten Zeitpunkt verfaßt sein muß, sondern Wochen oder Monate später entstanden sein kann – zu einem Zeitpunkt, zu dem ursprüngliche Interna bereits öffentlich bekannt geworden waren.

So beruft sich der Autor des angeblich von Barschel verfaßten Briefes auf ein „Strategie-Papier“ des damaligen CDU-Funktionärs Reichardt, der empfohlen hatte, Engholm „in seiner persönlichen Empfindlichkeit zu treffen“. Die Reichardt-Thesen wurden erst im Februar 1988 publik. Da der angebliche Barschel-Brief erst Ende April auftauchte, hätte ein Fälscher genügend Zeit gehabt,

Dr. Uwe Barschel
Ministerpräsident
des Landes Schleswig-Holstein

28. September 1987

Lieber Herr Stoltenberg,

Zu Ihrem Geburtstag gratuliere ich Ihnen ganz herzlich.

Ich wünsche Ihnen, daß Sie sich auch in Zukunft erfolgreich für die Belange unserer Bundesrepublik Deutschland einsetzen können. Mögen Ihnen sowohl bei diesen besonders verantwortungsvollen Aufgaben als auch bei allen Unternehmungen im privaten Bereich Gesundheit, Tatkraft und eine glückliche Hand zur Seite stehen.

Mit den besten Wünschen für einige harmonische Stunden im Kreise Ihrer Familie und Freunde bin ich

Ihr

Uwe Barschel

*Ich weiß nicht, warum wir uns
nicht früher für diesen besonderen Dank
für Beistand in den letzten Tagen.*

Barschel-Glückwunschbrief: „Dank für Beistand“

den Hinweis auf das interne Reichardt-Papier einzubauen.

Auch das „Ultimatum“ („Morgenpost“), das Stoltenberg in dem ominösen Brief gestellt wird, wirkt nur deshalb verblüffend, weil die journalistischen Kommentatoren unterstellen, daß das Schreiben wirklich am 3. Oktober 1987 verfaßt worden ist. „Bis Ende kommenden Woche“, heißt es in dem umstritte-

nen Brief, „besteht noch die Möglichkeit, maßgebliche Akzente zu setzen.“

Die „Morgenpost“, die seit Wochen Propaganda für die These macht, Barschel sei ermordet worden, folgert kühn, daß mit dem vermeintlichen Ultimatum das Schicksal des Politikers besiegelt war: „Am letzten Tag dieser Frist, am Sonntag, dem 11. Oktober 1987, wurde Dr. Uwe Barschel im Genfer Hotel „Beau-Rivage“ tot aufgefunden.“

Wenn es zutrifft, daß es ein Fälscher darauf abgesehen hat, mit nachträglich gewonnenen Detailkenntnissen den Eindruck von Authentizität zu erwecken, sind dem Verfasser grobe Schnitzer unterlaufen.

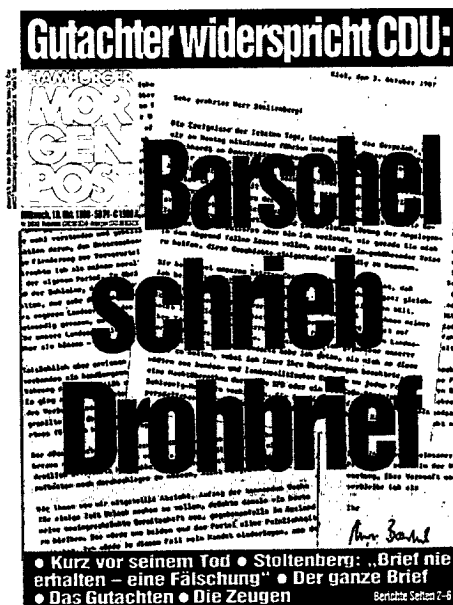
So läßt sich ein Brief-Passus, der sich mit der Ausforschung von Landtagskandidaten der Grünen und der Unabhängigen Wählergemeinschaft befaßt, schwerlich mit den wirklichen Zeitabläufen in Einklang bringen.

Der Briefschreiber behauptet, der (mittlerweile gestorbene) Innen-Staatssekretär Hans-Joachim Knack habe Stoltenberg eine „mündliche Information“ über „unglücklich gehandhabte Anfragen nach optimal verwertbaren Erkenntnissen“ zukommen lassen. Und weiter im Text: „Als ich angesichts Ihrer zögerlichen Haltung in einer Art Notwehrhaltung meine Ehrenworterklärung abgab... beteuerten Sie und andere Parteifreunde fast ehrenwörtlich, doch durchaus unwahr, von allem erst am Wahltag oder danach gehört zu haben.“

Bei Barschels Ehrenwort-Presskonferenz am 18. September war allerdings die vom ehemaligen Medienreferenten Reiner Pfeiffer in Auftrag gegebene Überprüfung von Grünen und Unabhängigen noch gar kein Thema. Denn daß sich Pfeiffer im März bei Polizei und Verfassungsschutz nach Vorstrafen und extremistischer Vergangenheit politischer Gegner erkundigt hatte, plauderte Barschels einstiger Mitarbeiter erst später aus.

Als Beweis dafür, daß Barschel den Brief tatsächlich selbst geschrieben habe, werten die „Panorama“- und „Morgenpost“-Autoren ein angeblich am 1. Oktober 1987 geführtes Gespräch des Ministerpräsidenten mit Generalsekretär Reichardt. Einem Eintrag in Barschels Terminkalender zufolge soll die Unterredung an diesem Tag um 12 Uhr stattgefunden haben – „die Abkürzung R.“ („Panorama“), die allerdings auf Faksimile-Abbildungen nicht zu erkennen ist, stehe für Reichardt.

Der frühere CDU-Generalsekretär bestreitet vehement: Er habe, abgesehen von zwei beiläufigen Begegnungen, „während dieser ganzen Woche kein Gespräch mit Barschel geführt“. Und spe-



„Morgenpost“-Titelseite: Grobe Schnitzer

„Ich

ziell am 1. Oktober um 12 Uhr habe er zu einer Unterredung mit Barschel gar keine Gelegenheit gehabt: Um 11.30 Uhr habe in der Parteizentrale eine Referentenbesprechung begonnen, an die sich um 12.30 Uhr ein gemeinsames Mittagessen angeschlossen habe, serviert von den benachbarten „Senatsstuben“.

Trotz allem behauptete Gutachter Drommel in „Panorama“ mit absoluter Gewißheit: „Dieser Brief ist keine Fälschung.“ Diese „hundertprozentige Aussage“ habe, so die „Tageszeitung“, „seinen Kollegen die Haare zu Berge stehen lassen“.

Sollte ein Fälscher am Werk gewesen sein, meint Drommel, müßte es schon „ein Super-Kujau, ein Super-Pfeiffer in einer Person“ sein. Diese beiden – der Verfasser der „Hitler-Tagebücher“, Konrad Kujau, und der ehemalige Kieler Medienreferent Pfeiffer – sind jedoch überzeugt, daß der angebliche Barschel-Brief nicht echt ist.

„Dieser Text“, versicherte Fachmann Kujau im Hamburger „Radio 107“, „ist schnell auszuarbeiten.“ Man brauche nur „aus der Umgebung des Herrn Barschel irgendwelche Aufzeichnungen“ oder „seinen Wahlkampf verfolgt zu haben, dann hat man seine spezifischen Ausdrücke“.

Pfeiffer vermutete in der „Bild“-Zeitung: „Ich halte den Brief für das Werk eines Spinners.“ Barschels einstiger Medienreferent begründete seine Ansicht damit, daß der Ministerpräsident „nie sich selbst belastende Aussagen schriftlich niedergeschrieben“ hätte: „Barschel pflegte solche Dinge mit Stoltenberg am Telefon zu bereden.“

Ein Beispiel dafür, was alles zwischen dem Ministerpräsidenten und dem CDU-Landesvorsitzenden fernmündlich besprochen wurde, nannte Pfeiffer vorige Woche in einem Brief an den SPIEGEL. „Am 21. oder 22. Januar 1987“ habe Barschel im Beisein seines Referenten von seinem Dienstzimmer aus Stoltenberg angerufen und ihm mitgeteilt, er habe „verlässliche Angaben“ darüber, daß Engholm Steuern in Höhe von mehreren hunderttausend Mark hinterzogen habe; er, Barschel, wolle „die Sache auf dem Wege einer anonymen Steueranzeige publizistisch nutzen“. Stoltenberg habe, wie Pfeiffer über die Mithöranlage vernommen haben will, gesagt: „Schön, schön, wenn sich das erhärten läßt, ist das ja ein ungeheurer politischer Skandal.“

Ob der mysteriöse 3.-Oktober-Brief echt ist oder nicht – wenn Pfeiffer, dessen Enthüllungen im Untersuchungsausschuß durchweg bestätigt worden sind, sich auch diesmal richtig erinnert, dann wäre Stoltenberg dennoch belastet.

Der Bonner CDU-Minister wäre dann zumindest Mitwisser der anonymen Steueranzeige gegen den SPD-Spitzenmann Engholm, die am 22. Januar 1987 in Kiel zur Post gegeben wurde. ♦

